

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

62 (17.3.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins L u S gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher
Nr. 535.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

Fernsprecher
Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspaltige Pettzeile oder deren Raum 25 Pfg., Resten 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechende Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: F. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Bach; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Resten: Hermann Bahler in Karlsruhe.

Die wirtschaftliche Krise und die deutsche Handelspolitik.

Abergläubigen gibt es auch in der Politik und oft werden die weitesten politischen Kreise an einem Abergläubigen. Zurecht kann man in unserer gesamten freihändlerischen Presse lesen, daß unser wirtschaftlicher Zustand in Deutschland mit unserer gesamten Wirtschaftspolitik zusammenhänge, daß mit andern Worten Zolltarif und Handelsverträge zum großen Teil uns in die wirtschaftliche Misere hineingebracht hätten. Einer spricht und schreibt es dem andern nach und schließlich wird ein allgemeiner Glaubenssatz daraus, den man nicht betreten darf, will man nicht als Ignorant gelten.

Nun ist aber die Behauptung, daß unsere deutsche Schutz- und Handelsvertragspolitik schuld sei an der gegenwärtigen schlechten wirtschaftlichen Lage, erobert allem total unrichtig. Ja das Gegenteil ist nachweisbar, daß nämlich Deutschland verhältnismäßig am wenigsten unter der Krise, die durchaus internationalen Charakter hat, gelitten hat. Diesen Nachweis hat der Abg. Trimborn in einer ganz ausgezeichneten Rede am 6. März im preußischen Abgeordnetenhaus geführt. Wir geben die Rede in der Hauptausgabe wieder.

Trimborn formulierte zuerst die Anklagen, die gegen unsere Wirtschaftspolitik von freihändlerischer Seite erhoben werden. Die Hauptanfrage werde vom Syndikus des Württembergischen Industrieverbandes, Marquardt, in Stuttgart dahin erhoben, daß der Export der württembergischen Industrie nach den Staaten, die keine Handelsverträge mit uns abgeschlossen haben, sich seit Inkrafttreten der Handelsverträge etwas erhöht hat. Und dann aber weiter: „Im übrigen sei trotz der hochschützamerikanischen Handelsverträge ein enormer Aufschwung des internationalen Handels zu verzeichnen gewesen; doch sei — dies ist die Hauptsache — durch die Handelsverträge der deutsche Export erschwert und direkt und indirekt zurückgehalten worden.“ Dann heißt es am Schluß: „Die Depression als Folge der Handelsverträge von 1906 liege demnach auf fast sämtlichen Zweigen der württembergischen Industrie.“ Also die Depression als Folge der Handelsverträge von 1906!

Darauf antwortet Trimborn:

„Möchte ich, daß die Depression, in deren Zeichen unsere wirtschaftliche Lage im Jahre 1908 stand, und von der Zeugnis ablegen die Geschäftsberichte zahlreicher Gesellschaften, die Klagen der Industrie und die Gestaltung des Arbeitsmarktes, ihren Ausdruck auch gefunden hat in den Zahlen der Ausfuhr. Die Zahlen über

zweigen einen nicht unerheblichen Anstieg in der Ausfuhr im Jahre 1908 im Vergleich zu 1907 erlitten haben. Ich will einige Zahlen nennen.

Die chemischen Erzeugnisse haben ein Minus an Ausfuhr erlitten gegen 1907 von 25,8 Millionen Mark, die Textilerzeugnisse weisen ein Minus gegen das Vorjahr auf von 152 Millionen, Papier und Papiervaren von 4,7 Millionen, die keramischen Artikel von 12,5 Millionen, die Glaswarenartikel von 10,6 Millionen, Edelmetalle, ein Luxusartikel, der von der Depression besonders betroffen wird, ein Minus von 36,8 Millionen, Handfeuerwaffen, Uhren, Musikinstrumente und Spielzeug einen Anstieg von 24,4 Millionen.

Demgegenüber muß, um ein objektives Bild zu gewinnen, festgestellt werden, daß andere Gruppen Steigerungen gegen das Vorjahr aufweisen; z. B. ist die Ausfuhr an Leder und Lederwaren gewachsen um 21,4 Millionen Mark, an Büchern, Bildern und Gemälden um 2 Millionen, an Eisen, Eisenwaren und anderen unedlen Metallen und Waren aus denselben um 35,6 Millionen, an Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen um 31,2 Millionen. (Hört, hört!) Wenn man volkswirtschaftlich ein objektives Gesamtbild entwerfen will, ist nicht zu übersehen — und das ist wichtig, festzustellen — eine große Zunahme der Ausfuhr an landwirtschaftlichen Produkten. Die landwirtschaftliche Produktion hat gegen 1907 eine Mehrausfuhr von 86,5 Millionen aufzuweisen. Sie ist eine Folge der guten Ernte. (Hört, hört!) Diese Mehrausfuhr an landwirtschaftlichen Artikeln bringt reichen Ausgleich der Ausfälle, die der industrielle Export erlitten hat.

Wie ist nun das Gesamtergebnis? Der Gesamtergebnis des ganzen Exports pro 1908 gegen 1907 beträgt 98 Millionen Mark. Das ist ein Anstieg gegenüber nur 1,42 Prozent!

Der Grund der Depression, die hauptsächlich das industrielle Gebiet trifft, dürfte in erster Linie darin liegen — und ich glaube, daß mir das schwerlich widersprochen werden wird —, daß die Produktion in den letzten Jahren vor 1908 stärker fortgeschritten ist als der Konsum und der Bedarf. Man denke nur an die zahlreichen Neugründungen und Erweiterungen von Fabriken. Alle großen Industriefabriken sind dieser Ueberproduktion in mehr oder weniger großem Umfang verfallen; alle großen Industriefabriken leiden aber jetzt auch an den Folgen. Das schließt schon an sich die Annahme aus, daß unsere Depression auf die Handelsverträge, auf die Zollpolitik zurückzuführen sei. (Sehr richtig!)

Meine Herren, völlig wird diese Annahme aber ausgedrückt, wenn es richtig ist, daß andere Staaten noch mehr unter der Depression leiden als wir (Sehr richtig!) und das führt mich zur Untersuchung der wichtigen Frage:

Wie hat die Depression auf den Export der anderen Staaten gewirkt?

Auf Grund der Statistik möchte ich diese Frage des näheren beleuchten. Damit ist wenig gewonnen, daß man die allgemeine Behauptung aufstellt, die anderen Staaten seien schlechter gefahren als wir; sondern diese Behauptung muß einmal an dieser Stelle gründlich auf ihre Richtigkeit geprüft werden, und zwar auf Grund statistischer Zahlen.

Da wende ich mich zunächst zu Oesterreich, wo die Verhältnisse vielfach sehr ähnlich liegen wie bei uns. Oesterreich hatte 1907 eine Ausfuhr von 2457 Millionen Kronen, 1908 von 2325 Millionen Kronen; es hatte also ein Minus von 132 Millionen Kronen, Deutschland nur von 98 Millionen Mark. (Hört, hört!) An dem Rückgang der österreichischen Ausfuhr waren die meisten Industrieartikel beteiligt; dagegen hat — und das ist interessant festzustellen — die Zuckerausfuhr Oesterreichs eine Steigerung von 29 Millionen Kronen erfahren; auch die landwirtschaftlichen Produkte weisen eine starke Steigerung in der Ausfuhr auf.

Nun das Bild in Belgien, bekanntlich einem sehr bedeutenden Industrieort. Belgien hatte 1907 eine Ausfuhr von 3539 Millionen Franken, 1908 von 3372,5 Millionen Franken, also einen Rückgang der Ausfuhr von 166,5 Millionen Franken, also rund 133 Millionen Mark gegenüber Deutschland mit 98 Millionen Mark. (Hört, hört!)

Großbritannien hatte 1907 eine Ausfuhr von 426 Millionen Pfund, 1908 von 377 Millionen Pfund, also einen Rückgang von 49 Millionen Pfund; das sind ungefähr 980 Millionen Mark gegenüber 98 Millionen Mark in Deutschland. (Hört, hört!)

Noch interessanter ist ein Blick auf die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten. Hier betrug die Gesamtausfuhr im Jahre 1907 1923 Mill. Dollar, 1908 1753 Mill. Dollar, das ergibt ein Minus von 170 Mill. Dollar. Der Dollar ist bekanntlich gleich M. 4,20; danach können Sie sich die entsprechende Zahl in Mark ungefähr ausrechnen. (Weiter!) Der Gesamtergebnis in den Vereinigten Staaten betrug 8,8 Prozent der Gesamtausfuhr in Deutschland nur 1,42 Prozent. (Hört, hört!) Sie sehen, wie viel schlechter die Vereinigten Staaten dastehen. Ein besonders trübes Bild bietet in Nordamerika die Eisenindustrie. Die Eisenerzeugung betrug dort im Jahre 1907 rund 26 Millionen Tonnen. Bekanntlich steht Amerika in der Eisenerzeugung an der Spitze aller Staaten. Im Jahre 1908 betrug die Eisenerzeugung nur 16 Millionen Tonnen; das ist also ein ganz kolossaler Rückgang. Vergleichen Sie damit Deutschland. Deutschland erzeugte im Jahre 1907 13 Mill. Tonnen, im Jahre 1908 12 Mill. Tonnen; also bei uns hat die Eisenerzeugung nur um 1 Mill. Tonnen abgenommen, und wir sind mit unseren 12 Mill. Tonnen, die wir 1908 erzeugt haben, ziemlich nahe an die 16 Mill. Tonnen der amerikanischen Erzeugung herangekommen. (Hört, hört! im Zentrum.) Der Handelsfachverständliche des Kaiserlichen Generalkonsulats in New York berichtet über die Lage der amerikanischen Industrie: „Es wird kaum ein industrielles Gebiet geben, in dem nicht eine mehr oder weniger große Beschränkung der Tätigkeit notwendig geworden ist.“

Sie nach kann, gestützt auf Zahlen, wohl mit

voller Sicherheit festgestellt werden, daß der deutsche Export von der Depression sowohl absolut wie relativ erheblich weniger betroffen worden ist als der Export anderer großer Industrie-Staaten. (Hört, hört! im Zentrum.) In anderen Staaten ist der Anstieg ein erheblich stärkerer. Es ist das nur eine Wiederholung der Behauptung, die von den verschiedensten Seiten aufgestellt ist; aber eine Wiederholung auf Grund genauer statistischer Zahlen.

Deutschland.

Der Tremel-Koller gratuliert in der „Bad. Landeszeitung“ und im „Volksfreund“ ganz herzlich. Mit dem größten Geißel wird aufgeföhren und die Schlichtigkeit des Ultramontanismus, seine Staats- und Gemeingefährlichkeit bewiesen. Da ist nun sehr interessant ein Bericht der „N. V.“ Nr. 223 über eine von den Jungliberalen in Nürnberg veranstaltete Protestversammlung zugunsten des Herrn Pfarrers Tremel. Das Blatt schreibt:

„Die Jungliberalen veranstalteten allenthalben Versammlungen zugunsten des Pfarrers Tremel. In einer solchen Versammlung ist es ihnen aber sehr schlecht gegangen, und zwar in Nürnberg am letzten Donnerstag. Der jungliberale Rechtsanwalt Kohl aus München, den man sich als Hauptredner versprochen hatte, war nicht wenig erfreut, unter den Zuhörern auch Sozialdemokraten zu erblicken. Großer Jubel herrschte bei den Jungliberalen, als sich nach der Rede Kohls Oberdeputierter Kurt Eisner von der sog. dem. Münch. „Frankl. Tagesp.“ (früher beim „Vorwärts“) zum Wort meldete. Was nun folgte, war ein Bild zum Malen. Eisner gestellte den Kultus, den die Liberalen mit dem Pfarrer Tremel treiben, in der schärfsten Weise. Der stürmische Empfangsapplaus der Jungliberalen verwandelte sich in ein Würgen, als Eisner in dem Saal hineinfuhr, daß die Liberalen mit Tremel nur deshalb haufieren gehen, um ihre bankrotte Firma etwas aufzufrischen. Der sozialdemokratische Redner ging aber noch weiter. Er sprach der Kirche das unantastbare Recht zu, einen ungehorsamen Priester dem Disziplinarverfahren zu unterwerfen und selbst abzugeben. Im Gegensatz zu Kohl ist Eisner der Ansicht, daß die Mitgliedschaft eines Priesters zur jungliberalen Partei in schiefem Widerspruch zu seiner Stellung und Würde als Priester steht. Ein jungliberaler Geistlicher könne kein Priester im Sinne der Kirche sein. Dann hielt Eisner den Jungliberalen ihre Zweipaltigkeit vor. Dem Pfarrer Tremel wolle man angeblich die staatsbürgerlichen Rechte sichern, aber um die staatsbürgerlichen Rechte des Lehrers Hoffmann, der wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung nicht einmal gewerblicher Rechtslehrer sein dürfe, hätten sich die Liberalen absolut nicht gekümmert. Es ist die höchste die Sorge der Liberalen um die verfassungsmäßigen Rechte eines Staatsbürgers aus! Diese Rede entfiel eine stürmische Debatte, in deren Verlauf auch Stadtkaplan Braun und Arbeitersekretär Trochmann die Liberalen über zurechteten. Ein Wanderredner des „antimontanen Reichsverbandes“ fiel gänzlich ab. Die Diskussion endete mit einer von den Sozialdemokraten beantragten und von den Jungliberalen

Kirchliche Nachrichten.

Wien. Theologieprofessor Dr. Schützler will — so schreibt die „Angl. Post“ — jetzt anstehend Entschluß fassen. In der wissenschaftlichen Zeitschrift der „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlicht Dr. Schützler einen Artikel über Modernismus und katholische Kirche, in dem unter den schärfsten Ausfällen gegen das Oberhaupt der Kirche und deren Abwärt des Modernismus, sowie unter fortgesetzten Revolutionen der Kirche vollzogen wird. Schon der katholische Bewusstseinsfragen, sagt Dr. Schützler, der Kirche seien heute schon Sieger. Die da die römische Kirche und ihren für unser wissenschaftliches Leben und Heil.“ Aus dieser neuen Kundgebung wird die Kirche Dr. Schützler beim Untergang der „Allgem. Ztg.“ wie jetzt beim Untergang der mit 1. April eingehenden Zeitschrift „Neuesten Nachrichten“ sein Häuptlein auf diesen Versatz aufblauen.

Wien. In Ruffenhäuser verstarb am 11. März nach kurzem Krankenlager in hohem Alter der Kapuzinerpater Gratian von Linden. Der Verfasser war bis zum Jahre 1894 Mitglied der rheinisch-westfälischen Ordensprovinz und erwarb sich als Provinzialminister und Reichswater große Verdienste. Unter seiner Leitung wurden auch zahlreiche tüchtige Schüler aus Baden herangebildet. Auch schriftlich: „Der Segen der schwierigen Dand“. Er war der Gründer und Redakteur der in Münster erscheinenden Monatschrift „Christliche Jungfrau“. Noch in der Woche vorher leitete der unerwartliche feierliche Priester die Exerzitation in einem Institute. R. L. p.

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 17. März 1909.
Groß. Hoftheater. Gestern mußte ein Gast, Frau Pelling-Schäfer vom Hof- und Nationaltheater in Mannheim, im „Goldchen des Eremiten“ die „Nohe Friaquet“ singen, da Frau Warmersperger

sich genötigt sah, abzuhjehen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, bei dem Stand der derzeitigen Contobrettenfrage wäre es vielleicht besser gewesen, Fräulein Saccar, mit ihrem großen Repertoire, ihrer musikalischen Sicherheit und ihrem temperamentvollen Spiel für den Rest der Saison neben Frau Warmersperger zu behalten, bis sich diese vollkommen erholt hätte. — Frau Pelling-Schäfer stand stummlich hinter ihrer jüngsten lieblingen Vorgängerin zurück, doch lang sie sicher und korrekt, spielte mit Gewandtheit und Natürlichkeit und sah im 3. Akte allerliebt aus. Die kolorierten Stellen kamen gut zur Geltung und ihre Auftrittsarie im 3. Akt bildete den Höhepunkt ihrer Leistung; es war doch wieder einmal eine Sourette, die Jugend und Frische im Geleite hatte. Der Pächter Thibaut ist ein kabuffischer junger Herr Ruffard, Herr v. Gortom ist als humorvoller „Belamy“, Herr Sadiowier als glänzender „Sabin“ bekannt.

Bei den Hören wackelte es gestern wiederholt und besonders der erste Chor des 3. Aktes war anfangs nahe daran, zu entgleisen.

Groß. Hoftheater. Alexander Girardi beginnt morgen Donnerstag den 18. sein auf zwei Abende berechnetes Gastspiel mit der Darstellung des „Valentin“ im „Verschwender“. Der berühmte Komiker, welcher sein Auftreten außerhalb Wiens bisher auf die Berliner Bühnen beschränkte, wird damit zum erstenmal an einem süddeutschen Theater auftreten. Aus Anlaß des zweiten und letzten Gastspiels des Künstlers wird am Samstag den 20. März „Marionette“ sein 1894 nicht mehr gegebenes Volksstück „Mein Leopold“ neuinszeniert.

Tilly Koenen-Viederabend. Tilly Koenen, welche am kommenden Montag den 22. März im Museumskaale einen Viederabend veranstaltet, besitzt eine der schönsten Altstimmen, die es je gegeben hat, sie ist eine Charakterisierungskünstlerin allerersten Ranges. Die „Dresdener Nachrichten“ schreiben: „Das ist ein Organ, das selbst das der Schumann-Geist in den Schotten stellt, eine Stimme wie geschaffen zum Preisen alles

Herlichen, was es auf der Welt gibt.“ Es wird gewiß mit Freuden begrüßt werden, diese große Künstlerin vor ihrer Abreise nach Amerika noch einmal hier zu hören.

Kunstnachr. In Quedlinburg trat am dortigen Stadttheater jüngst ein Fräulein Tina Kunkel, ein Karlsruher Kind und Schülerin des Kammerängers Rosenberger, als „Agathe“ im „Freischütz“ mit vielem Erfolge auf. Ein dortiges Blatt schreibt von ihr: „Fräulein Tina Kunkel, die bisher nur in bescheidenen Rollen aufgetreten ist, erregte freudiges Entzücken und uneingeschränkte Bewunderung. Mit ihrem weichen, glücklichen Organ brachte sie die Partie der „Agathe“ in Tonfärbung und Sprache mit warmer Innerlichkeit zur Geltung und wurde öfters stürmisch applaudiert.“ — Die hiesigen Angehörigen und Bekannten der jungen Künstlerin sowie ihr Lehrer werden gewiß gerne Nutzen von diesem schönen Erfolge nehmen.

von Steden.

Kleines Feuilleton.

— Ein Morddroh gegen Menschenfreier. Vor dem Gerichte der Station Fringa spielte sich vor kurzem, wie wir der jeden erscheinenden Nummer 6 des „Deutschen Kolonialblattes“ entnehmen, ein umfangreicher Mordprozess ab. Es handelte sich um eine Gesellschaft, die einen Menschenfreierbund bildete, um Männer und Weiber, die seit Jahr und Tag ihre Stammesgenossen, in erster Linie ihre eigenen Verwandten, vorzugsweise sogar ihre Kinder, vergifteten, um ihre Opfer zu verschreiben — kurz um einen Kambalismus, wie man ihn sich scheußlicher und tierischer überhanpt nicht vorstellen kann. Der Alleanaposten im Süden des Fringabergs lieferte im Dezember 1908 eine Anzahl Bewohner dieser Landschaft wegen Giftmordverdachts an die Station ein. Die sehr eingehend geführten Verhandlungen, bei denen die Angeklagten ausnahmslos gefändig waren und zum Teile ganz offen über alle die ekelregenden Einzelheiten Auskunft erteilten, ergaben folgendes:

Ein „Zauberer“, also ein mannigfacher Naturgiff-

fundiger Abens, namens Malakoff, war mit seiner Familie (Weib und zwei erwachsenen Söhnen) seit langem dem Gemüß des Menschenfleiches ergeben. Um sich in den Besitz dieses Vederbissens zu setzen, warb er Weiber mit dem Versprechen, ihnen von seinen Zauberkünften mitzuteilen, wofür sie ihm ein Menschopfer zu liefern hatten. Zu diesem Zwecke brachten die Weiber einen ihrer Verwandten, zumeist ihre lieblichen Kinder, um. Die Leiche wurde den Genossen des Menschenfreierbundes, der sich, wenn wieder ein Opfer fällig war, bereits vorher in der Nähe zum Schmanke zu versammeln pflegte, überantwortet. Der Körper wurde von den Genossen des Males zerissen und das Fleisch roh auf der Stelle verschlungen. Alles nahm an diesem Mable teil, gleichgültig, ob das Opfer das eigene Kind, der Enkel, der Bruder, ein anderer Mitbewerber oder sonstwer war. Ten Kopf bekam der Täter, um in dem Schädel das Gift für künftige Opfer zu bereiten. Bevorzugt wurde das Fleisch kleiner Kinder; die Weiber gaben an, „es sei so schön zart“, während ihnen das Fleisch Erwachsener wenig zusagte.

Diesem Menschenfleichertum gehörten außer dem Anführer Malakoff und seiner Familie acht Weiber, also insgesamt zwölf Köpfe an, die sämtlich mehrere Giftmorde auf dem Gewissen hatten; jedes einzelne Mitglied gab zu, daß es an einer ganzen Reihe fannibalischer Mable beteiligt gewesen sei. Auch einige Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren, die bei den Giftmorden Handlangerdienste zu tun hatten, wurden dafür mit dem Fleisch der Opfer belohnt.

Die Verhandlung, in der selbst die Mütter, die ihre Kinder getötet und verzehrt hatten, mit erschreckender Gemütsruhe alle Einzelheiten wiedergaben, stellte selbst an abgehärtete Nerven starke Anforderungen. Zehn Mitglieder der Verbrecherbande wurden zum Tode verurteilt; das Urteil ist vom Gouverneur bestätigt worden und wird inzwischen vollstreckt sein. Von den weiteren Mitgliedern der Bande ist ein Weib in der Untersuchungshaft gestorben, während das andere Weib flüchtig ist.

unterstützten Resolution zugunsten der Trennung von Kirche und Staat. Kennzeichnend für den jugendlichen „Eros“ ist die Tatsache, daß in der liberalen Presse nur ein ganz kurzer Bericht (kaum 30 Zeilen) erschienen ist. Die Rede Eisners hat man darin mit 4 Zeilen abgetan. Was sagt der Führer der badischen „Antiklerikalen“, Herr Stolz, zu den Neuerungen seines Parteigenossen Eisner, der anscheinend trotz aller Gegnerschaft zur katholischen Kirche den Sinn für Gerechtigkeit auch in der Beurteilung des Gegners noch nicht verloren hat? Wobribeinlich nichts! Denn das ist das einfachste. Warum hat übrigens ein sozialdemokratisches Parteigericht über den Genossen Galmer statgefunden? Es war nur Zufall, daß er nicht exkommuniziert wurde.

Ausland.

Italien.

Die Stichwahlen sind nun mit Ausnahme von acht Gemeinden. Gewählt wurden 49 Konstitutionelle (34 Ministerielle), 11 Sozialisten, 6 Republikaner, 2 Katholiken (Konstitutionelle) und 1 Christlich-Sozialer. Bertotti, Unterstaatssekretär des Postwesens, ist nicht wiedergewählt. Die Sozialisten gewinnen außer Venedig noch Turin, Bologna, Siena und San Pietro d'Arona. Robb' Marti wird in geistlichem Gewande bei der — äußersten Linken, die ihm auch zur Wahl verabschiedet. Die äußerste Linke wuchs von 64 auf 106 Mitglieder. Die Sozialisten haben Venedig den Katholiken entzogen.

Balkanstaaten.

Die türkisch-bulgarische Streitfrage gerät. Aus Sofia kommt die Nachricht, daß die Verständigung zwischen der Türkei und Bulgarien, deren Abschluß gerüchweise schon wiederholt gemeldet worden, endlich doch erfolgt ist. Obwohl die Details des Abkommens noch nicht bekannt sind, geht aus der vorliegenden Meldung doch hervor, daß die Türkei mit ihren Wünschen nicht durchdrungen ist, was übrigens schon vor der offiziellen Verständigung in Konstantinopel bekannt geworden ist und dieselbe arg verstimmt hat. — Die bulgarische Regierung hat aus Petersburg die offizielle Verständigung erhalten, daß mit dem Minister des Aussen, Misaal Pascha, eine volle Einigung über die bulgarische Frage in folgendem Sinne erzielt worden ist: „Die Türkei akzeptiert 125 Millionen als Entschädigung seitens Bulgariens. Von dieser Summe wird vor allem die orientalische Eisenbahn für die ostromelische Strecke entschädigt werden, und zwar auf der zwischen Diaptschew und der Fronte vereinbarten Basis. Ausland wird so viele Annullitäten der türkischen Kriegsschuld freiden als nötig sind, um kapitalisiert mit 5 Proz., die Summe von 125 Millionen zu erhalten.“ Weitere Details sind noch ausständig.

Frankreich.

Zur Streitbewegung der Postbeamten wird aus Paris vom 16. ds. gemeldet: Mehreren Blättern zufolge ist an die hiesigen Post- und Telegraphenbeamten aus Deutschland die Summe von 10000 Mk., aus England der Betrag von 1000 Pfund Sterling zur Unterhaltung der Streitbewegung eingegangen. Die Verhandlung, die nachts abgehalten wurde, war von etwa 6000 Menschen besucht. Verschiedene Redner und Meineren griffen den Unterstaatssekretär, der der Vermittlung bediente, in überaus heftiger Weise an. Die Resolution betreffend sofortige Proklamierung des allgemeinen Ausstandes, dem sich auch die Delegierten anschließen sollen, wurde einstimmig angenommen.

Am Vorabend eines Krieges?

Die serbische Note.

Die letzte serbische Note an Oesterreich hat in keiner Weise befriedigt. Mit Recht bezeichnet sie die Wiener „Neidspott“ als „ein Meisterstück diplomatischer Verschlagenheit“. Serbien erteilt eine Antwort und doch keine; denn die vorliegende Note ist keine Antwort auf die Mitteilungen des Grafen Forgach. Die Note behauptet zwar, daß die rechtlichen Beziehungen zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn unverändert geblieben seien, aber in der ersten Note, auf die sich Serbien bezieht, wird die Monarchie zum Angeklagten gestempelt und vor das „kompetente Gericht“ der Mächte zitiert. Ist dies, fragt mit Recht die „Neidspott“, die „unveränderte“ Lage der rechtlichen Beziehungen zwischen Serbien und der Monarchie? Und wenn Serbien schon etwas vor ein „Gericht“ zu bringen hat, warum weigert es sich auch in seiner Antwortnote, der Monarchie zu sagen, was es will? Serbien erklärt, seine Beziehungen zur Monarchie seien unverändert geblieben und es versammelt seine Truppen bis zum dritten Aufgebot gegen die Monarchie; es redet von Pflege der Beziehungen und bewaffneten Händerbanden mit Armeegewehren zu Einrückung nach Bosnien, es versichert zu wünschen, das bisherige Verhältnis zur Monarchie fortzusetzen, und wird russische und italienische Freiwillige an und unterrichtet Freischärler im Westen von Sandbomben. — Sehen Sie die veränderten Beziehungen Serbiens zur Monarchie an, von denen heute noch die serbische Antwortnote spricht, so kann uns kein Mensch in der ganzen Welt ernstlich übelnehmen, wenn wir die schleunigste Revision dieser Art von Beziehungen wünschen.

Das Wiener Fremdenblatt schreibt: Die serbische Note entspricht nicht den Erwartungen, mit denen ihr hier entgegengehoben wurde. Die Belgrader Regierung umgibt unsere von besserer Absicht geleiteten Klärungsversuche. Sie beginnt heute, anstatt uns Hare und bestimmte Zusätze zu geben, mit dem Hinweis auf die Zirkularnote, die von uns sicher nicht anstelle der gewünschten Auskunft akzeptiert werden kann, weil sie in ungehöriger Form die bosnische Angelegenheit als serbische Sache erklärt, bezüglich deren sie an die Mächte appelliert. Die öffentliche Meinung Serbiens wird durch die Behauptung, daß sich eine Konferenz mit den serbischen Wünschen besetzen könne, irreführt. Der zumutenden, die an uns gestellt wird, den im Vorjahre vereinbarten Handelsvertrag den Parlamenten wieder vorzulegen, nehmen wir hin als weitere Geduldssprobe von der Art, wie wir sie seit fünf Monaten hindänglich gewöhnt sind. Wir werden sie über uns ergehen lassen in dem festen Gefühl, daß die ungenügende Sprache Serbiens geeignet ist, die öffentliche Meinung Europa's nach deutlicher darauf hinzuweisen, wo in dem schwebenden Konflikt die Mächte und Annahmungen liegen, auf welcher Seite man bemüht ist, dem allgemeinen Ansehen der Opfer zu bringen und auf welcher Seite man die Gefahr der Friedensstörung in traueriger Verblendung ins Auge faßt.

Wie verlautet, wird in den nächsten Tagen die letzte österreichische Note nach Serbien ab-

gehen, für deren Beantwortung eine Frist von acht Tagen festgesetzt ist.

Ein hervorragender Diplomat des Auswärtigen Amtes in Wien äußerte sich dahin, daß in den nächsten Tagen noch eine letzte Note an die serbische Regierung gerichtet werden wird, in welcher in einer sehr ersten und ungewöhnlichen Form über ihre Beziehungen zu der Monarchie Aufklärung gefordert wird. Der serbischen Regierung wird zur Beantwortung dieser Note eine Frist von höchstens einer Woche gestellt werden. Fällt auch die Beantwortung dieser Note unbefriedigend aus, dann gibt es keine andere Möglichkeit mehr, den Frieden zu erhalten. Serbien scheint sich eben einzubilden, daß es auf Auslands Weisland rechnen könne.

Die „Neidspott“ erhält folgende Information von „sehr geschätzter Seite“:

„Die Situation ist sehr ernst, doch noch nicht bis zum Neuen gelagert. Man wird in Wien noch abwarten und dem Widerstand gegen die serbische Antwort an die Monarchie, der von auswärts seitens der Willkürden zu erwarten ist, Zeit gönnen sich zu äußern. Europa kann in diese Art, wie Serbien sich gegen die Monarchie verhält, unangenehm sein. Vielleicht werden diese Warnungen, die man noch erwartet, einen Umschwung erzeugen; es genügt ja, zu erreichen, daß der Faden der direkten Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien überhaupt aufgenommen werden kann. Geht dies nicht, so wird schon das Weitere sich sichten. Man würde ja Serbien eine Auskunft ermöglichen, die ihm eine Demütigung erspart. Geht dies nicht, bleiben alle Wahrscheinlichkeiten, dann freilich haben die Diplomaten aufzuwachen zu sprechen. Aber noch immer hoffen wir, daß die ultima ratio vermieden wird — wir wollen vor Europa mit der Geduld bis an Neufertig gehen.“

Die deutsche Presse.

Ist allgemein der Ansicht, daß die serbische Note die Lage bedeutend verschärft habe und gänzlich unbefriedigend ist. Der „Berl. Sozialzeiger“ meint sogar, daß sich die Aussichten auf eine friedliche Beilegung des Konflikts sich auf ein äußerstes Minimum reduziert haben. Die „Nationalzeitung“ nennt die Note eitel Spiegelschreiber.

Die französische Presse.

Ist ihre Mahnungen an Oesterreich-Ungarn fort, als wäre dieses der Aufstörer und nicht Serbien. Der „Temps“ schreibt in einem „une erreur antichienne“ betitelten Artikel: Die österreichische Diplomatie schätzt den Erfolg, welchen die serbische Note für sie bedeutet, sowie die daraus resultierende Befugnis, auf der Konferenz nicht von serbischen Kompensationen zu sprechen, nicht nach ihrem vollen Werte ein. Durch ihre gegenwärtige Haltung vermindert sie zweifellos unbenutzt diesen Erfolg.

Die englische Presse.

Die „Times“ sind der Ansicht, zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien stehe nichts als eine Phrase; es wäre daher unangebracht, wenn wegen eines derartigen Wortstreits der Friede Europas gefährdet werde. — Ebenso scharf als zureichend feingekennzeichnet dagegen der Oesterreich-Ungarn stets freundlich gestimmte „Daily Graphic“ das Borgehen Serbiens. Er meint, es sei nur natürlich, wenn man in Wien die serbischen Mäntelungen als unerträgliche Provokation empfinde. Wenn Serbien die Skatostrophe befehle, werde es sich die Sympathien ganz Europas verdienen. Die gegenwärtige Haltung Serbiens ist unerschütterlich. Es wäre wirklich töricht, wenn Oesterreich-Ungarn warten wollte, bis die Schwierigkeit seiner militärischen Aufgabe das Maximum erreiche.

Die österreichische öffentliche Meinung.

Ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß der serbische Krieg unvermeidlich geworden sei, daß Serbien ihn haben wolle und daß man daher die Aufrechterhaltung des Friedens nicht härter wird. Dieser Auffassung gegenüber verharre Freiherr von Kehrenthal bei seiner leidenschaftlichen Ansicht, alle diplomatischen Mittel in Belgrad zu erschöpfen, um möglichst weiche doch noch eine friedliche Klärung der Lage herbeizuführen.

Die Wörte.

hat sonst ein gutes Gefühl für die kommenden Ereignisse. Diesmal widersprechen sich aber die Vorfremittlungen. Aus Berlin wird gemeldet:

Trotz aller alarmierenden Nachrichten hegt man in deutschen amtlichen Kreisen die feste Ueberzeugung, daß sich ein Krieg vermeiden lassen wird. Verschiedenen Berliner Bankhäusern ist von zuständiger Seite die blinde Erklärung erteilt worden, daß für die nächste Zeit eine Störung des europäischen Friedens keinesfalls zu befürchten sei.

Aus D'Fenpeft wird von gestern gemeldet: Hier herrscht allgemein große Panik. An der Börse erfolgte heute ein weiterer Kurssturz aller leitenden Wertpapiere. Die bis jetzt im Winterhafen gelegenen Donau-Kriegsschiffe sind heute Nacht nach Semlin abgefahren, wo sie Abends eintreffen. Alle hiesigen Blätter fordern nunmehr ein energisches Vorgehen gegen Serbien, weil weitere diplomatische Verhandlungen mit Belgrad ohnehin ganz zwecklos seien.

Ein Sonderabkommen Deutschlands mit Oesterreich im Kriegsfall.

Wie der „Vor-Anz.“ aus Paris meldet, teilt eine Meldung aus Wien mit, daß zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ein Sonderabkommen in Bezug auf die Haltung Deutschlands im Falle eines Krieges mit Serbien und Russland. Deutschland würde in diesem Falle, so heißt es, sich zur wohlwollenden Neutralität verpflichten. Beide Staaten beabsichtigen, durch ihre Vollmacht in Paris einen Anschlag Frankreichs an diese Konvention zu verlangen, in dem Sinne, daß Frankreich gleichfalls Neutralität in einem Kriegsfalle beobachten würde. Man mißt jedoch in maßgebenden politischen Kreisen dieser Meldung nur geringen Wert bei. Die „Frankfurter Zeitung“ stellt jedoch fest, daß diese Meldung jeder tatsächlichen Grundlage entbehre.

Aus Petersburg wird gemeldet: England und Frankreich verständigten die russische Me-

gierung, daß wegen der serbischen Frage ein Krieg mit Oesterreich nicht entbrennen dürfe.

Serbische Kriegsvorbereitungen.

Kriegsminister Zivkovič hat vorgelesen den Generalstab der fünften serbischen Division telegraphisch zum Kriegsrat nach Belgrad berufen. Die Beratung wurde auf gestern festgelegt und dabei der endgültige Kriegsplan festgestellt. Minister Milomanovič erklärte in der Sitzung, die Lage Serbiens gebe zu Befürchtungen keineswegs Anlaß. Der russische Gesandte habe ihm erklärt, daß Russland mit der Note Serbiens einverstanden sei. Ausland werde Serbien vor weiteren Demütigungen Oesterreich-Ungarns schützen. (Schönfärberei zu dem Zweck, Zeit zu gewinnen). „Echo de Paris“ meldet aus Belgrad: Der Kriegsminister erklärte in der geheimen Skupstina-Sitzung, daß alle kriegsfähigen Männer von 20 bis 48 Jahren bereits mit Waffen und Munition versehen seien. Außerdem seien 50000 Gewehre und Munition für Freiwillige vorhanden.

Montenegro.

Fürst Nikita empfing den russischen Gesandten Stean und den serbischen Geschäftsträger Zomanovič, mit denen er längere Zeit beriet. Sodann wurde im Monat ein Thronrat abgehalten, nach dessen Beendigung sowohl Stean als Zomanovič neuerdings zum Fürsten berufen wurden. Der Fürst erklärte den beiden Diplomaten, sie mögen ihre Meinungen mitteilen, daß die Kriegslust in Montenegro so groß ist, daß sie nur durch Befriedigung der montenegrinischen Wünsche gelöst werden könne.

Oesterreich-Ungarn.

saunt gegenüber den offenkundigen Kriegsvorbereitungen Serbiens nicht mißig zusehen. Es trifft auch die erforderlichen Maßnahmen.

Die städtischen und kommunalen Behörden von Preßburg haben gestern Morgen vom Sonder-Ministerium die telegraphische Verständigung erhalten, daß die im Bereich des 15. Korps (Serajewo) und im Bereich des Militärkommandos von Zara garnisonierenden Truppenkörper binnen 24 Stunden auf vollen Kriegszustand zu setzen sind. Es wurde verfügt, daß die Reservisten, die zur Ergänzung aller in den genannten Korps und dem Militärkommando-Bereich detachierten Truppen gehören, sofort einberufen werden, um längstens heute zu ihren Abteilungen abzurufen zu können. Auch in Troppan wurden die Reservisten einberufen.

Wie das „Prager Tageblatt“ aus gut informierter Quelle erfährt, besteht in maßgebenden Kreisen die Auffassung, daß es vielleicht noch in dieser Woche zur Mobilisierung kommen wird. Es wird an maßgebender Stelle mit dem Ausdruck eines Krieges jedenfalls wie mit einer als bevorstehend zu erachtenden Tatsache geredet. Die Hoffnung auf eine Abwendung des Krieges ist im allgemeinen gestunken. Es sei nötig, sich mit dem Ernst der Lage durchsicht zu vertrauen zu machen.

Für die nächsten Tage steht die Mobilisierung des 7. (Agram) Korps bevor. Außerdem dürfte noch das 9. Korps (Reitern) und ein Teil des 8. Korps (Brag) mobilisiert werden.

In zahlreichen Teilen Böhmens finden Truppenbewegungen und Truppen-Verziehungen statt. Von den 55 Infanterie-Bataillonen, die in ganz Böhmen stationiert sind, sind 31 Bataillone nach der Südgrenze der Monarchie bestimmt. Einzelne Teile sind bereits nach dem Süden abgegangen. Auch Einberufungen von Reservisten haben in verschiedenen Teilen Böhmens stattgefunden.

Die Haltung der Türkei.

läßt nun auch eine Befestigung erkennen. Wie verlautet, ersuchte die Porte die serbische Regierung um Aufklärung über den Zweck der außerordentlichen Mäntelungen. Die Porte hat nunmehr auf Grund von Vorstellungen des deutschen und österreichisch-ungarischen Botschafters die Durchfuhr von Kriegsmaterial verboten. Dagegen hat Bulgarien auf dringendes russisches Verlangen die Durchfuhr des serbischen Kriegsmaterials über Warna gestattet.

Baden.

Karlruhe, 17. März 1909.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewegen gefunden, dem Hauptlehrer Johann Schweinfurth an der Volkshule in Hebelberg das Ritterkreuz zweiter Klasse höchst ihres Ordens vom Bähringer Löwen zu verleihen.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat die Militär-Regierung und Karl Friedrich Heberle bei der Staatsanwaltschaft Mannheim und Hermann Bieringer beim Landgericht Karlsruhe etatmäßig ange stellt.

Durch Entschließung Großh. Steuerdirektion wurde Steuerkommissar Adolf Hofmann bei dem Großh. Steueramt für den Bezirk Schwetzingen unter Zurücknahme der Verweisung zum Großh. Steueramt für den Bezirk Engen in gleicher Eigenschaft zu jenem für den Bezirk Donaueschingen versetzt; ferner die Verweisung des Hauptassistenten Ferdinand Brettle beim Hauptsteueramt Konstanz als Steuerkontrolleur zum Finanzamt Oberkirch zurückgenommen.

Kirchensteuern.

Die Grundzüge der neuen badischen Vermögenssteuererhebung, die durch die Orts- und Landeskirchensteuererhebung vom 20. November 1906 auch in der Besteuerung für die kirchlichen Bedürfnisse zur Geltung gelangt sind, haben erstmals im Jahre 1908 Anwendung gefunden. Bei der Umlegung der Steuern für allgemeine kirchliche Bedürfnisse, welche die im Großherzogtum wohnenden Bewohner der besteuerten Kirche aufzubringen haben, sind die im Staatssteuerkataster festgestellten Vermögens- und Einkommensteueransätze mit der Befreiung als maßgebend erklärt, daß die Vermögenssteueransätze unter 3000 Mk. und die Einkommensteueransätze unter 250 Mk. (1000 Mk. steuerbares Einkommen) steuerfrei bleiben. Dem Steuerfuß war eine Höchstgrenze gesetzt von jährlich 1 Bfg. Vermögenssteuer und 25 Bfg. Einkommensteuer. Von der Besteuerungsbefreiung für allgemeine kirchliche Bedürfnisse haben im Jahre 1908 die vereinigte evangelisch-protestantische Kirche, die römisch-katholische Kirche und die israelitische Religionsgemeinschaft Gebrauch

gemacht; die altkatholische Religionsgemeinschaft hat Landeskirchensteuer nicht erhoben. Von den Gesamtvermögenssteueransätzen des Landes im Betrag von 8 778 693 436 Mk. fanden 11 „Karlsruh. Bzg.“ zur Verfügung dem Steuerzugriff der evangelischen Landeskirche 2 972 882 700 Mk. oder 33,86 Proz., der katholischen Kirche 2 605 885 000 Mk. oder 29,68 Proz., der Landesynagoge 512 800 650 Mk. oder 5,84 Proz., den drei Verbänden insgesamt also 6 091 568 350 Mk. oder 69,38 Proz. Von der Gesamtsumme der Einkommensteueransätze des Großherzogtums in Höhe von 875 627 782 Mk. konnten von der evangelischen Kirche 191 476 860 Mk. oder 21,87 Proz., von der katholischen Kirche 153 273 566 Mk. oder 17,50 Proz. und von der Landesynagoge 34 328 340 Mk. oder 3,92 Proz., insgesamt also 379 078 765 Mk. oder 43,29 Proz. zur Landeskirchensteuer herangezogen werden.

Im Vergleich zur Anzahl ihrer Befehmer zeigen, wie die „Statistischen Mitteilungen über das Großherzogtum Baden“ hervorheben, die Anteile der einzelnen Religionsgemeinschaften an den für Landeskirchensteuern verfügbaren Werten eine merkwürdige Abweichung. Die Zahl der Angehörigen der drei in Betracht kommenden Konfessionen berechnet sich für 1908 auf 2 063 649 Personen. Die Befehmer der evangelischen Landeskirche machen hierbei 792 218 oder 38,38 Proz. dieser Gesamtzahl aus, die Katholiken 1 244 495 oder 60,31 Proz. und die Angehörigen der Landesynagoge 26 936 oder 1,31 Proz. Der Anteil an den dem Steuerzugriff der drei Konfessionen unterworfenen Vermögenssteueransätzen von 6 091 568 350 Mk. beträgt jedoch für die evangelische Kirche 48,80 Proz., für die katholische Kirche 42,78 Proz. und für die Landesynagoge 8,42 Proz. Nach der Verteilung der kirchlichen steuerbaren Einkommenansätze von 379 078 765 Mk. verhält sich das Verhältnis abermals zu Ungunsten der Katholiken; es beträgt für die evangelische Kirche 50,51 Proz., für die katholische 40,43 Proz. und für die Landesynagoge 9,06 Proz. Demgemäß entfällt durchschnittlich auf einen Befehmer ein Vermögenssteueransatz von 3752,61 Mk. bei der evangelischen, von 2933,21 Mk. bei der katholischen Kirche, von 19 037,74 Mk. bei der Landesynagoge, und ein Einkommensteueransatz von 241,70 Mk. bei der evangelischen, 123,16 Mk. bei der katholischen Kirche, 1274,44 Mk. bei der Landesynagoge. Die Zahl der tatsächlich Steuerpflichtigen ist hierbei natürlich außer Betracht geblieben.

Der Aufwand für allgemeine kirchliche Bedürfnisse, dessen Deckung durch Steuererfolg ist, belief sich bei der vereinigten evangelisch-protestantischen Kirche auf 637 374 Mk., bei der katholischen Kirche auf 564 581 Mk. und bei der israelitischen Religionsgemeinschaft auf 65 800 Mk. Zur Erzielung dieser Summen war als Steuerfuß festgesetzt in der evangelischen und katholischen Kirche je 1 Bfg. auf 100 Mk. Vermögenssteueransatz und je 20 Bfg. auf 100 Mk. Einkommensteueransatz, in der Landesynagoge 0,48 und 12 Bfg.

Ein Gegenfug zwischen Ministerium und Generaldirektion?

Einige liberale Blätter berichteten dieser Tage, es bestände zwischen Eisenbahnministerium und Generaldirektion insofern ein Gegenfug, als das Ministerium für teilweise Abschaffung der beschleunigten Personenzüge im Sommerfahrplan sei, während die Generaldirektion sich ganz auf dem gegenfuglichen Standpunkt des Eisenbahnrats befände. Dazu erfährt nun der „Karlsruher Mitbewerber“ des „Schwäb. Merkur“: Von einer Sitzung der Generaldirektion der Staatsbahnen, die sich durch einen Beschluß in Widerspruch mit der Haltung des Staatsministeriums gelehrt habe, ist hier nichts bekannt. Die Nachricht des „Heidelberger Tageblattes“ scheint auf einer Verwechslung mit Vernehmungen zu beruhen, die im Verkehrsministerium mit Vertretern der Generaldirektion stattfanden. Demnach scheint also ein Gegenfug der Meinungen tatsächlich zu bestehen, wenn er auch nicht in einem Beschluß Ausdruck fand.

Vielleicht doch noch ein nachträglicher Witz?

Wir lesen in „Schwäbischen Merkur“ Nr. 124: Die Linksliberalen, die besonders, soweit die Freisinnigen in Betracht kommen, mit ihren übertriebenen Ansprüchen die Wiedererneuerung des Wlods zum Scheitern brachten, scheinen allmählich ihre Schwärze einzusehen, wenigstens hat, wie gemeldet, die demokratische Partei im Rahmen der Linksliberalen Schritte unternommen, um in einzelnen Wahlkreisen eine Verständigung herbeizuführen. Dem aus eigener Kraft ist keine der linksliberalen Parteien imstande, auf ihre Kandidaten 15 Prozent der abzugehenden Stimmen zu vereinigen und diese somit in die Stichwahl zu bringen, es schweige denn zum Siege zu führen. Sie sind somit auf die Unterstützung der Nationalliberalen angewiesen. Im Bezirk Laub haben sich die Demokraten schon bereit erklärt, für den nationalliberalen Kandidaten in Laubstadt einzutreten, wenn die Nationalliberalen in Laubstadt für ihren Führer Heimbürger stimmen werden. Dies wird wohl so kommen, weil Heimbürger wegen seiner gemäßigten Haltung auch bei den Nationalliberalen des Bezirks viel Sympathie besitzt und auch seinezeit alles aufgeben hat, mit den Nationalliberalen zu einer Verständigung zu gelangen, aber bekanntlich bei der Parteiverammlung in Offenburg gegen den radikalen Flügel unter Müller-Benedict unterlegen ist. Mit ihm hatten die Nationalliberalen in der Kammer auch sehr gut zusammenarbeiten. Die Schwärze der neuen Verständigungsversuche liegen aber wieder in dem Bezirk Wörten-Laub; wenn die Freisinnigen sich nicht entschließen können, in diesem Bezirk den nationalliberalen Kandidaten Dr. Olfrieder zu unterstützen, so werden sich die Nationalliberalen kaum bereit finden, den Freisinnigen den Stüber von ihnen vertretene Bezirk Wörten-Laub-West, in dem sie fast einmal so stark sind als die Freisinnigen, wieder zu überlassen. Schwärze somit auch diese Verhandlungen, so wird die Demokratie zum zweitenmal vor die Frage gestellt, ob sie mit den Liberalen nicht allein ein Abkommen treffen sollte. In Offenburg ist diese von Heimbürger und dem gemäßigten Flügel so warm vertretene Forderung bekanntlich abgelehnt worden, ein zweitesmal wird dies kaum eintreten. Man wird abwarten müssen, was die Demokraten dazu sagen, die bekanntlich inzwischen an verschiedenen Orten (z. B. Raastatt, Trüben, Wofsch) den nationalliberalen Kandidaten demokratische Gegenkandidaten gegenübergestellt haben.

Nationalliberale Polemik gegen den konservativen Pfarrer.

Eine geradezu wütende und daher hincalole Polemik hat in einem Teil der nationalliberalen Presse gegen Pfarrer Karl, den Kandidaten im Schwetzingen Bezirk, eingesetzt. Das Bedrückendste ist, daß er selbst in seiner

...ung als Diakonienhauspfarrer angegriffen und ihm förmlich gedroht wurde, als könne er seine bisherige Stellung nicht beibehalten, wenn er keine Kandidatur beibehalte. Auch das nationalliberale Parteisekretariat hat sich in dieser Richtung Verdienste um die Vereinerung des nationalliberalen Parteiführers gesammelt. Der nationalliberale „Preisgauer Zeitung“ ist das jetzt zu die geworden und sie mahnt daher in ihrer Nr. 63, zur Vermeidung und schreibt:

„Gegenüber den in der auswärtigen Presse machten wir unsere unmaßgebliche Ansicht dahin fundieren, daß es für die liberale Sache das vorteilhafteste ist, wenn die Stellung des Herrn Priester Karl am Diakonienhaus aus der politischen Diskussion ausgeschieden und der Kampf nur auf sachlichem und politischem Boden geführt wird. Im übrigen wird auch Herr Priester Karl aus den ersten Worten eines ersten Protestanten, des Herrn Landesverordnungspräsidenten, und aus den Worten und bestimmten Versicherungen des nationalliberalen Parteiführers Dr. Oetiker entnehmen haben, daß die ewigliche Stille nicht nur ein Hauptziel ist und daß keine (Karls) Versicherungen bez. „Trennung von Kirche und Staat“ unbegründet sind.“

Der Hieb gegen die nationalliberale Presse, der insbesondere das nationalliberale Parteisekretariat trifft, ist am Montag. Bezüglich der Frage der Trennung von Staat und Kirche müssen wir jedoch bemerken, daß heute die nationalliberale Partei als durchaus unsichere Position in dieser Frage angesehen werden muß. Darin ändert die Versicherung Oetikers gar nichts. Und erst recht ändert daran nichts ein recht ungeschickter Artikel des in badischen Fragen oft mehrwiegend unbewanderten Mannheimer „Generalanzeigers“. Tatsache ist, daß die Frage nach Trennung von Staat und Kirche in der nationalliberalen Partei schon längst nicht mehr einheitlich mit einem entschiedenen Nein beantwortet wird. Tatsache ist, daß Männer wie die „Konstanzer Zeitung“, die ganz unter liberalerem Einfluß steht und die badische Politik weit besser kennt als der Mannheimer „Generalanzeiger“, wie die „Badischen Nachrichten“, auch die „Preisgauer Zeitung“ unter ihrer früheren Redaktion, den Gedanken der Trennung von Staat und Kirche energig vertreten und vertreten. Tatsache ist, daß auf einem jungliberalen Tag speziell der erst neuerdings in den Vordergrund getretenen damals als Führer sich aufstellende jungliberale Professor Fischer entschieden für Trennung von Staat und Kirche eintrat, worauf ihm nur der Einwand gemacht wurde, die Frage sei einseitig noch nicht reif. Sowohl Anstaltsleiter Kerner als Dr. Oetiker bekennen sich damals nicht als prinzipielle Gegner der Trennung, sondern waren nur aus Opportunitätsgründen einmündel dagegen. Es handelt sich bei der nationalliberalen Partei nur darum, wer schließlich die Oberhand bekommt. Der Einfluß Oetikers, der z. B. sehr entschieden für Beibehaltung des jetzigen Verhältnisses eintritt — wie lang er das tut, weiß man nicht — ist angesichts der weitausgehenden Vorzüge im liberalen Lager und seiner bisherigen Erfolge als Parteiführer äußerst gering anzuschätzen.

Mit der Zitierung von angeblichen Freunden der Trennung von Staat und Kirche im Zentrum streift man uns nicht im mindesten. Die liberalen Blätter meinen gewöhnlich die Abgeordneten Windthorst und Dierckmayer als solche; sehr zu unrecht, da diese Abgeordneten sich nur dahin ausprochen, daß wenn der Staat die Kirche freisetzen wolle wie im Kulturkampf, dann allerdings die Trennung von Staat und Kirche dem jetzigen Verhältnis vorzuziehen sei. Das ist auch ganz richtig. Sie und da führt man auch noch einen amerikanischen Bischof als Freund der Trennung an — ebenso beiseitefräßig wie die zwei Zentrumsabgeordneten; denn speziell in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist der Zustand der Trennung der historisch geworene und längst ein ebürgerte; dort wäre heute eine andere Regelung ebenso wenig am Platz wie bei uns die Einführung der Trennung.

In Untergronbach war jüngst eine mächtig besuchte demokratische Versammlung. Wir hätten keinen Anlaß, uns mit ihr zu beschäftigen, wenn nicht allerlei Verwunde gemacht worden wären, das Zentrum anzuschuldigen und die einseitigen Zentrumsleute davon zu überzeugen, daß sie dumm seien, wenn sie noch weiter zum Zentrum hielten. Die Methode ist fürchterlich einfach. Von der Zammerlichkeit des Blocks schweigt man; man schweigt auch davon, was für einen Sonderfall Kompromiß die Vinsliberalen in der Reichsfinanzkommission angenommen haben, dem Block zuzieh und um an die Beratung der indirekten Steuern heranzukommen. Dagegen schlägt man auf die preussischen Junker los, welche die Nachschalter abgeben und denen das Zentrum Bestand leiste. Dann heißt es weiter: Seht, das Zentrum will die Nachschalter, welche nur den Block trifft, nicht, vielmehr soll die große Masse des Volkes wieder mit indirekten Steuern belegt werden. Dabei denkt man gar nicht daran, daß das Zentrum von jeher es gerade darauf abhat, bei Schaffung von Steuern möglichst die starken Schultern zu belasten und das ist heute gibt der Block (so lange es den Ausfall gab. Nationalliberale, Konservern) den Ausfall, das Zentrum ist als gescheitert und soll nach der Ansicht des Blocks wie des Reichszanzlers aus dem Block, der nichts Gediegenes zustande bringt, das Zentrum verantwortlich zu machen.

Das Zentrum will, soweit ihm eine Mitarbeit ermöglicht wird, eine direkte Steuer auf den Besitz und zwar etwa 30,000 die Vermögen von über 20,000, dran dagegen frei bleiben; ebenso müßten die Einkommen, aber unter keinen Umständen die unter 3000 Mark betragenden werden. Ueber die Grenze, bis zu der man gehen könnte, ist noch nichts genaueres bekannt. Doch ist dabei der Gedanke anschlagend, bis mittlere Einkommen durchaus freibleiben müßten. Auf diese Weise sollen 150 Millionen Steuern verschlagen, den der Zentrumsabgeordnete Gerold in radeo wie die Nachschalter den würde geblieben. Die Nachschalter, die würde gerade soviel oder noch mehr als die Nachschalter einbringen.

Ob das Zentrum für oder gegen die Nachschalter ist, ist daher eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Es könnte wohl sein, daß speziell die süddeutschen Zentrumsabgeordneten, wenn es

nicht anders geht, bezw. kein anderer Weg sich als gangbar erweist, auch für eine Nachschalter einreten. Die Hauptsache ist, daß das Zentrum den Besitz besteuert haben will, aber nicht bei Todesfällen, wie dies bei der Nachschalter ist, sondern bei Lebzeiten des oder der Besitzer.

Einschneit kommt es ja aber gar nicht in Betracht, was das Zentrum will, denn wie gesagt: der Block ist fest entschlossen, die Reform allein zu machen. Und er macht unter der Aufsicht des Reichszanzlers nur deshalb solche Verrenkungen, wie in dem famosen Blockkompromiß, um das Zentrum auszuschalten. Aber dann kommt man hindert und fällt über das Zentrum her. Schlaue Politiker die Gerden vom Block! Dumm ist nur der, der sich von ihnen einleiten läßt.

Aus den Parteien.
Die nationalliberale Partei hielt am Sonntag in Karlsruhe eine Landesvertrauensmännerversammlung ab. Gegenstand der Beratung, die einen streng vertraulichen Charakter hatte, bildete eine Aussprache über die politische Lage und die Auffstellung von Kandidaten.
Eine am Sonntag in Ofenburg abgehaltene sozialdemokratische Konferenz des 6. und 7. Reichstagswahlkreises beschloß, das „Volkstblatt“ weiter erscheinen zu lassen und den Parteivorstand zu erlöchen, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Von jetzt ab kostenfrei
bis zum Ende des Monats erhalten neu hinzutretende
Bezieher des „Badischen Beobachters“. Wir bitten
um gütliche Angabe der Adresse durch Postkarte, damit
wir unsere Träger Anweisung geben können.
Auswärtige neue Bezieher erhalten das „Bad.
Beobachter“ kostenfrei und in jeder beliebigen Anzahl
durch die Post zugestellt.
Geschäftsstelle des „Bad. Beobachter“
Karlsruhe, Adlerstrasse 42.

Soziales.
Der neunstündige Arbeitstag. In den Werkstätten der preussischen Militärverwaltung wurde durch Anschlag bekannt gemacht, daß ab 1. April d. J. in sämtlichen technischen Instituten des Heeres der neunstündige Arbeitstag zur Einführung kommen soll. Den Arbeitern wird der gleiche Tagelohn verbleiben wie bei zehnstündiger Arbeitszeit gewährt. (Nicht so, und verdient Nachachtung.)
Hd. Frankfurt a. M., 16. März. Als ein Zeichen der Zeit dürfte zu betrachten sein, daß das Amtsgericht in Pirmasenz eine Verordnungsung erläßt, in der auf einen Tag Prüfungsstermin für 17 Schiffsbauingenieure anberaumt wird.

Kleine badische Chronik.
Karlsruhe, 17. März. Der badische Eisenrat hat sich in seiner Sitzung vom 6. März auch mit der Frage der Frachtminderung für Obst beschäftigt. Die Generaldirektion hat H. Karlsruher Bg. das Ergebnis der in der letzten Sitzung zugelegten Prüfung der Frage bekannt, ob es sich empfiehlt:
1. frisches Kern- und Steinobst unverpackt oder nur lose verpackt allgemein in den Spezialtarif I zu versetzen;
2. für badisches Früchobst aller Art von den bedeutendsten Erzeugungsländern nach den Hauptverbrauchsplätzen Nord- und Westdeutschlands auf die Zeit vom 1. Mai bis 31. August beschränkte Ausnahmetarife auf der Grundlage des Spezialtarifs I einzuführen.
Von der Gesamtmenge des zum Ausnahmetarif befähigten Obstes von rund 96,000 Tonnen seien 4078 Tonnen Obst badischen, 21,000 Tonnen aus schweizerischen Ursprungs gewesen. Von den Frachtminderungen seien 12,219 Mk. dem badischen, 74,265 Mk. dem schweizerischen (4000 Mk. sonstigem) Obst zu gut gekommen; aber, um die 4078 Tonnen badischen Obstes billiger zu befördern, hätten nahezu 100,000 Mk. geopfert werden müssen.
Die der badischen Landwirtschaft durch den Ausnahmetarif etwa erwerbenden Vorteile sind also in keinem Verhältnis zu den von der Eisenbahnverwaltung gebrauchten Opfern. Die gleichen ungünstigen Erfahrungen würde man wohl noch in verlässlicher Weise mit der allgemeinen Verweisung von Obst aus der allgemeinen Wagenladungskategorie nach dem Spezialtarif I machen. Es müßte also von diesem Schritte abgesehen werden.
Auch gegen die Ausnahmetarife für badisches Früchobst (siehe oben Frage 2) werden von der Generaldirektion Bedenken geäußert. In der Diskussion stellten sich die Mitglieder aber zumteil auf einen anderen Standpunkt wie die Generaldirektion und gaben, noch einmal einen Versuch zu machen. Der Minister sagt zu, daß die Eisenbahnverwaltung die Sache weiter im Auge behalten wolle.

Kaisheim, 16. März. Man liest hier und da von stammeswärtiger großer heroischer Wächtersche, wie dieser oder jener sein Leben für einen anderen hingeben oder auf's Spiel gesetzt hat. Ein Beispiel hierzu hat auch im vergangenen Winter die Frau des kleinen Polizeiboten, des Herrn Thum, gegeben. Das kleine Kind derselben war nämlich krank, da es am Hinterkopf eine weiche Stelle hatte — etwa so groß wie ein Injelmarsch — durch die das Gehirn zu dringen suchte. Auf Anraten der Herren Ärzte in Würzburg ließ sich nun die gute Mutter zu einer Operation herbei, bei der aus dem einen Schenkel ein mehrere Zentimeter langes Knochenstück herausgemittelt wurde, mit dem dem Kinde der fehlende Knochenstück ersetzt wurde. Die Operation ist dank der Geschicklichkeit des Herrn Professors Dr. Gumbertel gut gelungen, jedoch das Kind gesund und munter ist, und auch die heidenhaft operierte Mutter wieder ihrer Arbeit nachgehen kann. Was verdient man mehr Anerkennung? Die großartige Leistung der heutigen Medizin oder der heroische, opferwillige Mutterliebe, die vom Geiste wahrer Religion durchdrungen, im Vertrauen auf Gotteshilfe nicht vor dem größten Opfer zurückschreckt, wenn es gilt, das ihr von Gott geschenkte Kind zu retten!

Waldau, 16. März. Im Anwesen des Landwirts Jakob Waldau entstand auf noch unbekannter Weise Feuer. Das Wohngebäude wurde vollständig ein Raub der Flammen. Das Wohngebäude sowie zwei Nachbargebäude erlitten beträchtliche Beschädigungen, die 5 Familien obdachlos wurden. Pferde und Kühe konnten gerettet werden. Der Schaden ist bedeutend.

Hausach, 16. März. Erhängt hat sich der verheiratete Schiedsrichter Rasmeyer. Was den stillen feigen Mann in den Tod getrieben hat, ist unbekannt.
Donauerschiffen, 16. März. Von den am 5. August abgebrannten Häusern sind letzten Spätherbst wieder die Hälfte, ca. 60 bis 70 Gebäude, unter Dach gekommen. Mit Eintritt beständiger Witterung wird mit dem Ausbau des Hauses begonnen werden können, jedoch in kurzer Zeit hier reges Treiben herrschen wird. Unter den Bauherren hat sich das Bestreben geltend gemacht, die Kosten, beizutragen, um nach Wiederanbau der Stadt, dem sicher zu erwartenden größeren Fremden-, Touristen- und Passantenbesuch in Gemeinschaft mit den Kaufleuten in gutem Ruf stehenden Hotels, Gasthäuser u. c. einen angenehmen und billigen Aufenthalt zu bieten. Außerdem hat sich in letzterer Zeit unter den Hausbesitzern ein Interesse gezeigt, das von möglichen Behörden unterstützt wird, durch Anlegen von Obst-, Gemüse- und Biergärten, Blumen- und Pflanzenzucht auf den Häusern, Donauerschiffen zu einer Gartenstadt zu machen. In diesem Sinne haben schon mehrere lehrreiche und jährlich behaltene Vortragsstunden, jedoch noch Beendigung der Arbeiten in jeder Weise dafür gefordert werden wird, den Besuchern des freudlich gelegenen So bad- und Luftkurortes Vorteile zu bieten, welche von anderen Plätzen nicht überboten werden können und noch wesentlich durch die großen nabeliegenden Wäldungen und großartigen künstlichen Parkanlagen, Kränze, Sammlungen erhöht werden.

Reil, 16. März. Zur Bezeichnung des neuen Bahnprojekts Babel-Stuttgart durch Bismarck und Schwarzwald hatten sich bisher am Sonntag die Vertreter von 21 Gemeinden und 5 Städten des Bismarck eingeleitet. Es fand einstimmig eine Resolution Annahme, in der erklärt wird, daß die Schaffung einer durchgehenden Eisenbahnlinie von Babel nach Tübingen zum Anschlag an das Bahnenetz Freiburg-Donauerschiffen sowohl als lokalen Verkehrsgründen, als im Interesse des gesamten badischen Oberlandes gelegen sei. Die Verwirklichung beauftragte den von ihr gewählten Ausschuss die nötigen Mittel zu beschaffen.

Eine hochinteressante, billige Mittelmeerfahrt mit Extralokaldampfer veranfaßt in Juli d. J. wieder die Deutsche Touristenvereinigung. Die neunwöchentliche Studienreise führt über Genua, Nizza, Monte Carlo, Ajaccio, Rom (drei Tage), Neapel, Pompeji, Kapri, Palermo, Tunis, Gortago, Malta, Taormina, Messina, Sorbus, Catania, Salato und endet in Beneid. Die ganze Tour einschließlich Eisenbahnfahrt 2. Klasse, Hotelgeld und Verpflegung inkl. Tischwein, sowie Anschlägen mit Wagenfahrten, Führung, Eintritts- und Trinkgeldern kostet nur 350 Mark. Der Anschlag von reiselustigen Damen und Herren ist gern gekannt. Näheres durch die auswärtigen Prospekte, die der Vorliegende der D. A. V. Lehrer B. A. Wagner in Waldenburg (Schlesien), kostenlos verschickt.

Lokales.
Karlsruhe, 16. März 1909.
Aus dem Hofbericht. Der Großherzog nahm gestern vormittag die Vorträge des Legationssekretärs Dr. Seb und des Ministers Dr. Freiherrn von Marschall entgegen. Hierauf empfing Seine Königliche Hoheit den Generaldirektor der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken von Gontard aus Berlin.
Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge der Geheimräte Dr. Freiherrn von Babo und Dr. Nicolai.
Gestern Abend fand im Großherzoglichen Palais eine musikalische Soiree statt, zu der gegen 300 Einladungen ergangen waren.
Vierereitverein u. S. Fran. Die am Montag Abend im „Kais Hof“ abgehaltene diesjährige Generalversammlung eröfnete sich eines außerordentlich zahlreichen Besuchs nicht nur von Seiten der Sänger, sondern auch der Sängerinnen. Dank der bald wöchentlichen unermüdeten Tätigkeit des stellvertretenden Vorlesenden und Jubelers des Portefeuilles der Finanzen, des Herrn „Baba“ Mittelbe, gelang es auch diesmal, bei den im Verhältnis zu den finanziellen Ausgaben des Vereins beschiedenen Mitteln mit einer zufriedenstellenden Bilanz für 1908 abzuschließen. Die zahlreichen Anträge und Anregungen für die innere und äußere Entwicklung des Vereins bewielen so recht die Liebe und das Interesse zur Vereins Sache. Bemerkenswert ist, daß bei der Wahl der Vorstandsmitglieder, die glatt verlief, die anwesenden Damen von ihrem Stimmrecht in ausgiebiger, für die vorerwähnten Herren fast „beängstigender“ Weise, Gebrauch machten. Zum Schluß gehen wir dem auch in der Versammlung allenthalben geäußerten Wunsch Ausdruck, daß noch mehr Katholiken als bisher die Sache des Kirchenganges ihrer Partei durch den Beitritt als passive Mitglieder unterstützen möchten.

Der Voranschlag der Stadt Karlsruhe für das Rechnungsjahr 1909 ist soden im Druck erschienen und umfaßt 24 Seiten. Der Voranschlag der Stadthauptheil verzeichnet einen Rohverbraucht von 423,709 Mk. Die Schulden der Stadt betragen sich am 1. Januar 1909 auf 39,789,912 Mk. Davon sind aufgrund der genehmigten Tilgungspläne aus Wirtschaftsmitteln in diesem Jahre zu tilgen 755,758 Mk.; im vorigen Jahre wurden aus Wirtschaftsmitteln abgetragen 728,309 Mk. Der Zinsen- und Korkaufwand für Kapital und andere Schulden beträgt 1,889,835 Mk. Die Einnahmen berechnen sich: von Abgaben 904,849 Mk., Zinsen von Kapitalien und anderen Fortvermögen 1,519,543 Mk., Ertrag aus Grund und Boden und anderen Fortvermögen 19,560 Mk., von Steuern, Zinsen und Weiden 3,256 Mk., Gebühren: Beiträge zu öffentlichen Einrichtungen 1,107,095 Mk., Bürgergenussleistungen 1,241 Mk., Steuern 876,472 Mk. und sonstige Einnahmen. Die Summe der laufenden Einnahmen beträgt — ohne die allgemeinen Umlagen — 4,583,816 Mk. Dazu kommen noch von früheren Jahren 452,479 Mk. Guthaben der Wirtschaft an den Grundlohn 695,167 Mk., jedoch sind die Gesamteinnahmen — ohne Umlagen auf 5,731,452 Mk. belaufen. Die Ausgaben stellen sich wie folgt zusammen: auf extrabare Liegen-schaften 318,896, Staatssteuern, Gemeindefinanz u. dergl. 8,000 Mk., auf Werts, Wagens, Wagen- und Eisenarbeiten 27,090 Mk., auf öffentliche Brunnen, Wege, Plätze, Gewässer u. dergl. 1,110,983 Mk., auf die Schule 1,552,872 Mk., auf die Polizei 219,294 Mk., auf die Gesundheitspflege 282,918 Mk., auf die Armen- und Krankenpflege 820,502 Mk., auf Einrichtungen zum Schutz und zur Verbesserung gegen Feuerschaden 121,065 Mk., auf die Land-wirtschaft und die Gewerkschaftsverhältnisse 31,965 Mk., auf Gewerbe, Kunst und Wissenschaft 287,948 Mk., auf den Bergbau, Kreis- und Staatsverband 382,287 Mk., auf die Gemeindefürsorge 891,323 Mk., Zinsen und Korken für Kapital- und andere Schulden 1,418,812 Mk., Abgaben und Rücklagen 210,000 Mk., sonstige Ausgaben 128,958 Mk. Nach dem Voranschlag der Stadthauptheil betragen die Wirtschaftseinnahmen 9,180,252 Mk., die Wirtschaftseinnahmen 5,731,452 Mk. Der ungedeckte Aufwand beträgt 3,448,800 Mk.

Großherzoglicher Hof. Am Dienstag den 16. März, abends halb 7 Uhr fand in Saale der An-schalt ein Vorspiel der Ausbildungsklassen statt.
Musikfest im Saal. Die diesjährigen Prüfungsbewerke finden Samstag den 20. März, nachmittags halb 3 und abends 5 Uhr, sowie Sonntag den 21. März, vormittags 11 Uhr, nachmittags halb 3 Uhr und abends 5 Uhr im großen Eintrittsaal statt. Interessenten haben zu demselben freien Eintritt.
Der Winter scheint auf den letzten Rest seiner Herrschaft haben zu wollen. Nächsten Sonntag haben wir solenne feierlich Frühlingsankunft. Trozdem gibt der Winter seit letzten Samstag jeden Morgen seine Kistenkarte ab.

Die Sonne räumt zwar immer wieder damit auf. Aber nunmehr geminnt der Winter doch wieder die Oberhand. Heute vormittag schneit es so kräftig, wie jemals in diesem Winter. St. Joseph bringt den Winter gewiß, heißt eine alte Bauernregel. Im Bodensee fangen die Kinder: „Es schneit, es schneit, daß's Frege geht! Der Osterhas ist nunmehr!“ Und drängt der Winter noch so sehr — singt der Dichter hoffnungslos — es muß doch Frühling werden.

Aus dem Gerichtssaal.
E. Karlsruhe, 16. März. (Schöffengericht.) Die Behörden sehen gegenwärtig streng darauf, daß die Bestimmungen des Kinder schutzgesetzes eingehalten werden. Da man nicht überall nach den bekannt gegebenen amtlichen Bestimmungen verfährt, gelangen häufig Uebertretungen dieser gesetzlichen Bestimmungen zur Anzeige, die in vielen Fällen zu gerichtlichen Verhandlungen führen. So hatte sich das Schöffengericht in seiner letzten Sitzung mit nicht weniger als sechs Anklagen wegen Vergehen gegen das Kinderschutzgesetz zu befassen. Einmalige Angeklagte wurden verurteilt und zwar Ehefrau S. Köber hier zu 3 Mark, Witwe Julie W. hier zu 3 Mark, Witwe W. hier zu 3 Mark, Wäcker Ludwig Karquet hier zu 6 Mark, Witwe Marie Par-mann hier zu 3 Mark und Milchhändler Jakob B. hier zu 3 Mark Geldstrafe. — Es ergingen weiter folgende Urteile: Dienstmagd Gertrud F. hier wegen Unterschlagung zwei Wochen Gefängnis; Kaufmann Wiegand Dittmann wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung 50 Mark Geldstrafe; Tagelöhner Josef E. hier wegen Sachbeschädigung 10 Mark Geldstrafe; Tagelöhner Hermann Friedrich W. hier wegen Verleumdung 20 Mark Geldstrafe; Tagelöhner Hermann F. hier wegen Körperverletzung 25 Mark Geldstrafe; Knecht Ludwig K. hier wegen Uebertretung der Polizeiverordnung 50 Mark Geldstrafe; Landwirt Jakob Ober aus Nüpp-purr 50 Mark Geldstrafe; Landwirt Ludwig Schaber von da 30 Mark Geldstrafe wegen Körperverletzung; Tagelöhner Hermann K. hier aus Karlsruhe wegen Vergehen gegen das Kinderschutzgesetz 10 Tage Gefängnis; Hausdiener Friedrich K. hier wegen Diebstahls 5 Tage Gefängnis und Gehalt Maria K. hier wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung 10 Tage Gefängnis; Arbeiter Emil K. hier von da 1 Tag Gefängnis wegen Diebstahls.

Vermischte Nachrichten.
Hd. Erfurt, 16. März. Zu den beiden hiesigen Krankenhäusern befinden sich gegenwärtig 48 Typhus-kranke. Die Ursache der Epidemie ist eine Milzinfektion. Bisher waren drei Todesfälle zu verzeichnen.
Hd. Prag, 16. März. In Dušanitz wurde die Häusers-Gattin Sartorius, die innerhalb weniger Tage ihre vier Stiefkinder auf bestialische Weise ermordet hatte, verhaftet.
Hd. Paris, 16. März. Aus Wien in Ausland wird gemeldet, daß der Direktor des dortigen Gefängnisses wenige Schritte vom Gefängnisgebäude entfernt, von einem Unbekannten erschossen wurde.
Hd. Rom, 16. März. „Messaggero“ veröffentlicht heute die Aufsehen erregende Mitteilung, daß in Mailand eine Scharlach-Epidemie ausgebrochen ist und daß bereits 10,000 Kinder an Scharlach erkrankt seien.
Reichsflustschiff Z. 1.
Friedrichshafen, 16. März. Das Reichsflustschiff ist heute vormittag zwischen 9 und 10 Uhr auf dem Gelände der Reichshalle glatt gelandet. Auf dem Areal der Luftschiffhalle hatten sich außer einem zahlreichen Publikum Generalleutnant von Lyncker, Major Groß und der Zeppelinische Ingenieurabteilung eingefunden. Um 8.40 Uhr erließen Z. 1 zum erstenmal, um 8.45 Uhr zum zweitenmal, um 8.50 Uhr hatten die Soldaten des Fahrgang an den herabgeworfenen Tauen erfaßt, worauf es langam auf den Boden untergesunken wurde. Die Landung vollzog sich glatt und sicher. General Zeppelin führte das Kommando. Weider blieb beim Niedertreten das linke hintere Höhenmeter in dem Gezeug eines Schiffbaues hängen und wurde demoliert, was jedoch die Weiterfahrt nicht behinderte.

Luft-Schiffahrt.
Hd. London, 16. März. Sehr geheimnisvoll klingen die Nachrichten über den Abbruch, an dessen Konstruktion zwei englische Geostatische bauen sollen. Das Gestell der Maschine ist aus sehr leichten Nöhren, Stahl und Holz hergestellt. Geostatische fächer, die als Flügel dienen, sind mit einer eigens hergestellten Patent-Seide überzogen. Die Gebrüder Wright haben der Firma Short den Auftrag erteilt, sofort 6 Wrightsche Aeroplane zu bauen.

Telegramme und neueste Nachrichten.
Hd. Berlin, 16. März. Der Kaiser sprach heute vormittag beim Reichszanzler Fürsten Bülow vor.
Der Kaiser frühstückte heute bei dem Generalobersten von der Goltz.
Hd. Rom, 17. März. Die „Tribuna“ erfährt aus Corfu, daß trotz der dementsprechenden, daß Kaiser Wilhelm und die kaiserliche Familie in der ersten Hälfte des April in Corfu eintreffen. Die Kaiserin seien bereits beauftragt worden, die Verproviantierung der drei deutschen Schiffe vorzubereiten.
Hd. Konstantinopel, 16. März. Das Amtsblatt demontiert die Gerichte über eine schwere Enttarnung des Sultan.
Hd. Petersburg, 17. März. Der türkische Minister des Auswärtigen verließ gestern Petersburg, um sich über Berlin und Wien nach Rom zu begeben. Minister Pascha hat die Instruktion erhalten, sich bei den Leitern der auswärtigen Politik der Großmächte persönlich über den Standpunkt in der Balkanfrage zu informieren.

Novelle zum Strafgesetzbuch.
Hd. Berlin, 16. März. Die Novelle zum Strafgesetzbuch, die gestern dem Reichstage zugegangen ist, bringt neue Bestimmungen über Hausfriedensbruch, Arztrecht, Sichelbruch, Verletzung der Zwangs-vollstreckung, Tierquälerei, Verletzung, Kinder-mißhandlung, geringfügige Diebstähle und Unterschlagungen sowie Erpressungen. Die Begründung stellt fest, daß die Novelle nur provisorischen Charakter hat und eine Anzahl dringender Uebelstände für die Zeit bis zum Zustandekommen einer umfassenden Reform beseitigen will.

Brennlicher Landtag.
Hd. Berlin, 16. März. Im Abgeordnetenhaus stand heute die 2. Lesung des Entwurfs auf der Tagesordnung. Bei den Einnahmen (Titel Verberchs-Einnahmen) fand eine allgemeine Verprechung über die Schiffahrtsabgaben statt. Minister von Breiten-bach erklärte, die preussische Regierung werde alle Verpflichtungen bezüglich der Erhaltung des jetzigen Zustandes unserer Wasserstraßen erfüllen. Die Vorlage der Regierung solle keinen Druck auf die Bundesstaaten ausüben. Jedes Stromgebiet solle für sich behandelt werden, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit. Der Titel wurde schließlich bewilligt. — Bei einem weiteren Titel wurden Kanal-Fragen berührt. Abg. Bösching (nail.) bedauert, daß noch keine Vorlage wegen der Kanalierung der Saar und Mosel eingegangen sei. Die Sache scheint auf

den toten Strang geraten zu sein. Preußen, das so großes auf anderen Gebieten geleistet, sei mit dem Ausbau der Wasserstraßen zurückgeblieben. Minister von Breitenbach erwiderte, früher habe das Saar-Revier die Kanalisierung der Mosel und Rhein be- kämpft und der Niederrhein habe sie verlangt. Jetzt sei es umgekehrt. Die Regierung würde die Frage sorgfältig prüfen. Morgen wird die Beratung des Bau-Etats fortgesetzt.

Die Spannung zwischen Oesterreich und Serbien.

Hd. Wien, 16. März. Kaiser Franz Josef ist heute vormittag ganz unerwartet in die Hofburg gekommen und hat von halb 12 Uhr ab mit den österreichischen und ungarischen Ministern, darunter auch Dr. Bekerle, einen Kronrat abgehalten. Nach dem bekannt gegebenen Dispositionen wollte der Kaiser den heutigen Tag in Schönbrunn zubringen. Die Lage wird in der Hofburg als sehr ernst erklärt.

Hd. Wien, 16. März. Heute nachmittag fand im Ministerium des Reichens ein Ministerialrat statt, an welchem auch der ungarische Ministerpräsident Bekerle teilnahm. In dieser Konferenz soll auch Beschlüsse darüber gefasst worden sein, in welcher Form nunmehr von der serbischen Regierung eine klare Antwort auf die von Oesterreich gestellte Frage verlangt werden soll.

Hd. Belgrad, 16. März. Aus Belgrad wird gemeldet, daß dort gestern der Kanzleibeamte des österreichischen Konsulats, Waniel, im Kaffeehaus von Offizieren und Zivilisten geprügelt worden ist. Er hatte sich angeblich über Serbien und die Serben abfällig geäußert. Gerüchthweise verlautet, Serbien werde die Abberufung Waniel's verlangen.

Hd. Wien, 16. März. Nach Privatmeldungen aus Sarajewo haben die dortigen Offiziersfamilien ihre Sachen gepackt und sich reisefertig gemacht.

Italien.

Hd. Rom, 16. März. Wie verlautet, wird in der ersten Sitzung der neuen Kammer Kabinettschef Giolitti den Eintritt des Ministeriums bekannt geben, um die Bildung eines neuen Kabinetts zu ermöglichen. Diefem sollen Fortis und Marcora angehören, während Tittoni sein Portefeuille nicht wieder übernimmt.

Frankreich.

Hd. Paris, 16. März. Wegen der jüngsten Zwischenfälle in Toulon traf heute auf telegraphische Anordnung des Kriegsministers Divisionsgeneral Ferron in Paris ein.

Zum Streit der französischen Postbeamten. Hd. Paris, 16. März. Nach offiziellen Angaben war die Zahl der heute früh vom Dienst fern gebliebenen Angestellten der Post, Telegraphie und Telephonbetriebe im Bezirk Paris anfänglich relativ gering, nämlich nur 140 von 4000 Beamten. Später aber gelang es einer starken Gruppe

von Beamten des Zentralamts Grenelle auf einer Hintertreppe nach der Straße zu entkommen. Eine andere Gruppe wurde von der Polizei im Hofe festgehalten.

Hd. Paris, 16. März. Nach der gestrigen Verammlung der Post- und Telegraphenbeamten im Tivoli-Saal, welche von 4000 Personen besucht war und den allgemeinen Ausstand proklamierte, fand ein Ministerialrat statt, in welchem man sich darüber einig wurde, daß das geeignetste Mittel, dem drohenden Ausstand vorzubeugen, das sei, mit aller Strenge vorzugehen. Staatssekretär Symian erklärte, daß er auf keinen Fall nachgeben werde. Heute wird man sich im Ministerialrat abermals mit dem Auslande beschäftigen und verfügen, daß bis auf Weiteres keine Verammlungen der Post- und Telegraphenbeamten stattfinden dürfen. Von den Beamten der Hauptpost haben nur wenige den Dienst eingestellt. Die übrigen Telegraphenbeamten werden sämtlich ihres Amtes enthoben, ohne daß sie, wie es bisher Brauch war, vor einem Disziplinarrat gestellt werden. Im Zentral-Telegraphenamte blieben heute Nacht 2000 nach Deutschland bestimmte Telegramme unbesorgt.

Wetterbericht des Zentralb. für Meteor. und Hydrog. vom 17. März 1909.

Die Luftdruckverteilung beginnt sich umzugestalten. Das Hochgebiet über Nordafrika besteht zwar noch fort und hat sogar noch etwas zugenommen, das Tiefgebiet über die Nordsee aber, das in den letzten Tagen fast ganz Europa bedeckte, ist auf ein über dem südlichen Ozean gebiet sich befindendes Minimum zusammengedrückt; dieses verurteilt noch in weitem Umkreis Schneefälle bei Temperaturen, die

in Deutschland um den Gefrierpunkt schwanken. Im Norden der britischen Inseln ist eine Depression entstanden und dem Westen scheint sich eine weitere zu nähern. Bei wechselnder Bewölkung und abnehmenden Niederschlägen ist wärmeres Wetter zu erwarten.

Wasserstand des Rheines am 17. März 1909 (Frankfurt):
Säuerling 0.06, gefallen 4. Rehl 1.24, gefallen 1. Waxau 2.96, gefallen 2. Mannheim 1.70, gefallen 2.

J.-B. f. M. u. G. (Schneebeobachtungen.)
In der verfloßenen Woche haben die Schneehöhen meist etwas abgenommen. Am Morgen des 13. März sind gemessen worden in Furtwangen 43, in Stetten a. M. 5, in Zellhaus 18, beim Feldbergerhof 180, in Titisee 56, in Bomdorf 27, in Hohenheim 60, in Bernau 62, in Gersbach 43, in Todtnauberg 104, in Heubronn 33, in St. Margen 78, in Triberg 31, in Kniebis 61, in Breitenbrunn 57, in Ferenmies 32, in Kallenbrunn 33, und in Strümpfelbrunn 7 Zentimeter.

Tages-Kalender.

Mittwoch den 17. März.
Kath. Männerverein Konstantin, Halb 9 Uhr Vereinsabend. Apollotheater. 8 Uhr Vorstellung. Friedrichshof. Heute abend spielt die ungarische Künstlerkapelle im Gartenhof. Café Kaiser-Restaurant (Café Kaiser- und Kronenstraße). Täglich abends Künstlerkonzert. Kolosseum. 8 Uhr Vorstellung.

Ein schönes Buch für
Erstkommunikanten:
Neues Leben.
Ein bilderreiches Übungs- und Gebet- buchlein. Von F. Weh. Geb. zu M 2.20 u. M 2.70. Soeben erschienen im Verlag von Herder zu Freiburg.
Zu beziehen durch:
Literarische Anstalt, Freiburg im Breisgau, Herder'sche Buchhandlung, Karlsruhe, Herrenstraße 34, F. A. Wolf'sche Buchhandlung, Gambergschloßheim.

Lieferung von Sandstein- pflastersteinen.
Die Lieferung von 500 qm Sandstein- pflastersteinen soll im öffentlichen Wett- bewerb vergeben werden.
Angebote sind unter Verwendung der besonderen Vorbrude verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen spätestens
Samstag, den 20. März ds. J., vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen.
Bedingungen und Angebotsvorbrude werden auf Verlangen kostenlos abge- geben.
Karlsruhe, den 14. März 1909.
Städtisches Tiefbauamt.

Dienstkleider-Verdingung.
Die Lieferung der Dienstkleidung für die Mannschaft des Großh. Badischen Gendarmerie-Korps soll nach Maßgabe der Verordnung des Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 (Ges.- u. B.-Bl. Seite 41 u. ff.) vom 1. Januar 1910 ab auf unbestimmte Zeit neu vergeben werden.
Zur Lieferung kommen:
a) Großbekleidungsstücke: Wäfferröcke, Ritzen, Mäntel, Anzüge, Tuchhosen, Reithosen, Drillichhosen, Drillichröcke;
b) Kleinbekleidungsstücke: Schirmmützen, Feldmützen, Wildlederhandschuhe, Selmie, Portepés und Sabeltrödeln.
Zur Anfertigung der Großbekleidungsstücke sollen, soweit dieselben nicht in eigener Werkstatt hergestellt werden, die Kleinmeister der verschiedenen badischen Handwerkskammerbezirke herangezogen werden.
Die Angebote — für Mägen, Helme, Lederhandschuhe, Portepés und Sabeltrödeln für sich getrennt von den übrigen Bekleidungsstücken — sind schriftlich, verschlossen mit der Aufschrift „Verdingung von Dienstkleidung“ spätestens zum 10. April 1909, vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen. Die Lieferungsbedingungen und Angebotsbogen werden auf vorerwähnte Anfrage, in welcher die gewünschten Gruppen angegeben sein müssen, von uns abgegeben.
Die Musterstücke können auf der diesseitigen Kanzlei (Eitlingerstraße 7, Hinterhaus, 4. Stock) eingesehen werden; eine Zustellung derselben findet nicht statt. Die Eröffnung der Angebote findet am 15. April ds. J., vorm. 10 Uhr, auf der diesseitigen Kanzlei statt.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Karlsruhe, 10. März 1909.
Kommando des Großh. Badischen Gendarmerie-Korps.
Anseher.

Musik-Institut Kahn.
(Eintritt mit jedem I. und 15. eines Monats).
Unterrichtsfächer: Klavier, Harmonium, Sologesang, Violine, Viola, Violoncello, Contrabass, sämtliche Blasinstrumente, Theorie- und Harmonielehre, Ensemblespiel und Chorgesang.
Lehrkräfte: 18 konservatorisch ausgebildete Lehrkräfte, Damen und Herren (Hofmusiker).
Prospekte des Instituts werden in allen hiesigen Musikalienhandlungen, sowie im Institut selbst gratis abgegeben.
Anmeldungen werden tägl. (Feiertage ausgeschlossen) in der Zeit von 10-12 und 1/2-4 1/2 Uhr im Institute **Adler- strasse 14**, entgegengenommen.
Sonstige auf das Institut bezügliche Anfragen bitte schrift- lich oder mündlich zu richten an die
Direktion:
Direktor **Hermann Post**,
Vorsteherin **Lina Kahn**.

Bad. Rote-Lose
Nur Geldgewinne
Ziehung 17. April 1909
3388 Lose ohne Abzug
44000 M.
2 Hauptgewinne
20000 M.
586 Gewinne
14000 M.
2800 Gewinne
10000 M.
Los à 1 M., 11 Lose 10 Mk., Porto u. Liste 30 Pfg.
empfehlen sich für
J. Stürmer, Langestr. 107,
in Karlsruhe, Carl-Götz, Habel- strasse 117/18, Lotteriebureau G.m.b.H., Kaiserstr. 60, H. Meyle, E. Flügel, L. Michel, Chr. Frank, J. Dabringer.

Instituts- u. Privat-Gelder
auszuleihen durch
August Schmitt,
Hypotheken- u. Bankkommissionsgeschäft,
Karlsruhe, Hirschstrasse 43.
Telephon 2117.

Bekanntmachung.
Wir erlauben uns, unsere Gasabnehmer darauf aufmerksam zu machen, daß es bei der aufsergewöhnlich großen Zahl von Aufträgen, die jeweils auf 1. April (Umzugsstermin) bei uns einlaufen, im Interesse einer reibungslosen Erledigung derselben bringen geboten erscheint, daß Anträge auf Verändern der Gasleitung, Aufstellung, Entfernung oder Uebernahme von Gas- messern und Gasautomaten möglichst frühzeitig, spätestens aber 3 Tage vor dem Umzugswechsel, bei uns eingereicht werden.
Auch sollten die Mieter von Wohnungen sich sobald als möglich davon überzeugen, ob in den zu beziehenden Räumen Gasleitungen vorhanden und Gasmesser für dieselben bereits aufgestellt sind; diesbezügliche Anträge wollen möglichst sofort bei uns gestellt und nicht, wie dies sehr häufig geschieht, bis zum Umzug damit zugewartet werden.
Bei dieser Veranlassung wollen wir darauf hin, daß für Leucht-, Koch- und Heizgas nur ein Gasmesser aufgestellt und der Gesamtverbrauch mit 14 Pfg. pro cbm berechnet wird.
Für das durch Münzgasmesser (Automaten) abgegebene Gas beträgt der Preis für 1 cbm 15 Pfg.
Dem Gasabnehmer werden auf Verlangen einfache Beleuchtungs- fässer und Kochapparate mietweise zur Verfügung gestellt. Die Miete beträgt für jede Lampe und für jeden Kochapparat 10 Pfg. für 1 Kalenderviertel. Der Gas durch Münzgasmesser besteht, erhält die Gegen- stände teilweise ohne besondere Mietberechnung. Bezüglich der näheren Mietbedingungen verweisen wir auf den Inhalt der Gasbesuchsordnung.
Städt. Gaswerk Karlsruhe.

Kath. Männerverein St. Stefan.
Donnerstag, den 18. März 1909, abends präzis 8 1/2 Uhr, findet in der Wirtschaft Zum Landtsnecht, Birtel 31, II. Stock,
Monatsversammlung mit Vortrag:
„Kirchenpolitische Zustände Badens im vorigen Jahrhundert“
statt, wozu die Mitglieder freundlichst eingeladen werden.
Der Vorstand.

Baer & Elend
Bankgeschäft
Karlsruhe i. B. Lammstrasse 10 Telephon 223
empfehlen sich für
alle bankgeschäftliche Transaktionen.
Ausführliche und gewissenhafte Auskunft über sämtliche Wertpapiere.
Auf Wunsch erhalten Interessenten Börsenberichte kostenlos.

Bekanntmachung.
Im Monat März d. J. werden in den Nachmittagen, jeweils um 10 Uhr abends beginnend, einzelne Wasserrohrleitungen gespült. Zu diesem Zweck wird die Stadt in 3 Gebiete eingeteilt und die Spülarbeiten wie folgt ausgeführt:
In dem Gebiet der Süd- und Oststadt, östlich des Straßenzuges: Durlacher- Tor, Kapellenstraße, Kriegstraße, Eitlingerstraße und Seepromenade, vom 15. bis mit 19. März d. J.,
in dem Gebiet der Mittel- und Altstadt, östlich begrenzt durch den Straßenzug: Durlacher-Tor, Kapellenstraße, Kriegstraße, Eitlingerstraße und Seepromenade; westlich begrenzt durch den Straßenzug: Westendstraße, Kriegstraße, Vestingstraße und Deurientstraße, vom 20. bis mit 24. März d. J.,
in dem Gebiet der Weststadt mit Mühlburg und dem Gaunwald, westlich des Straßenzuges: Westendstraße, Kriegstraße, Vestingstraße und Deurientstraße, vom 25. bis mit 27. März d. J.
Während der ganzen Dauer dieser Arbeit (15. bis 27. März) lassen sich Erhebungen des Wassers auch in entfernteren Rohrleitungen nicht vermeiden; auch ist die Möglichkeit des Ausbleibens des Wassers während der obengenannten Zeit nicht ausgeschlossen.
Wir erlauben deshalb unsere Wasserabnehmer, ihren Wasserbedarf für die Nacht während der angegebenen Zeit jeweils vor 10 Uhr abends der Leitung zu entnehmen.
Ferner machen wir noch insbesondere darauf aufmerksam, daß bei Verhütung von Baden nach 10 Uhr abends entsprechende Vorkehrungen anzuwenden werden muß. Es empfiehlt sich dringend, darauf zu achten, ob dem in Benutzung genommenen (brennenden) Badeofen auch tatsächlich Wasser entströmt; beim Anhö- ren des Ausfließens von Wasser ist sofort die Heizung abzustellen, bezw. der Gasabnehmer zu schließen.
Karlsruhe, den 10. März 1909.
Städt. Wasserwerk.

Wilh. Schindler, Karlsruhe, Kassenschrankfabrik
empfehlen
Kassenschranke
neuester Konstruktion in jeder Größe und Einteilung.
Ia. Referenzen zahlreicher Behörden, erster Bankinstitute u.
Stets größeres Lager.
Bei einem Brand in Oberhausen bewährte sich mein Fabrikat tadellos, ebenso bei mehreren Einbruchsversuchen.

Luise Schumacher
früher bei H. Roudter, Juwelier
Waldstrasse 53 Telephon 2136.
Für Kommunikanten:
Reiche Auswahl in Juwelen, Gold- und Silberwaren mit 5 % Rabatt.

Bekanntmachung.
Zur Verhütung von Baden nach 10 Uhr abends entsprechende Vorkehrungen anzuwenden werden muß. Es empfiehlt sich dringend, darauf zu achten, ob dem in Benutzung genommenen (brennenden) Badeofen auch tatsächlich Wasser entströmt; beim Anhö- ren des Ausfließens von Wasser ist sofort die Heizung abzustellen, bezw. der Gasabnehmer zu schließen.
Karlsruhe, den 10. März 1909.
Städt. Wasserwerk.

Kommunikanten - Hüte
modernste Formen, solide Qualitäten, alle Preislagen, unübertroffene Auswahl
Wilh. Zeumer, Hutmagazin
Kaiserstrasse 125/127. Telephon 274.

Kommunion-Kränze, Kommunion-Kerzen,
garniert und ungarntiert,
Kerzen-Ranken, Kerzen-Tücher, Schleifen etc. etc.
empfehle zu sehr billigen Preisen.
G. M. Meyer, Blumenfabrik, Kaiserpassage 3, Karlsruhe.

Karlsruhe-Mühlburger Dampf-Wasch- und Plätt-Anstalt
Rheinstraße 113. Telephon 2255.
Spezialität: Stärke-Wäsche
in absolut feinsten, einwandfreier Ausführung.
Prompote Bedienung bei freier Abholung und Ablieferung.
Große Rasenbleichen u. Trocknung im Freien.
Nach Auswärts franco gegen franko.

Sanften, langanhaltenden Schnitt
garantiert meine Spezial-Marko
Hummel-Rasiermesser.
In allen Breiten vorrätig!
Alte Rasiermesser werden bei mir sorgfältigst fachgemäß geschliffen mit Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärts.
Karl Hummel, Werderstrasse 13.
Zähringerstraße 98
sind im Zwischengeschloß 7 Zimmer, Küche und Zubehör als
Wohnung oder für **Büreauzwecke** (früher Geschäftsräume der Versicherungs- Aktien-Gesellschaft „Deutscher Vöding“ auf 1. April oder später zu vermieten. Näheres beim Hdt. Ochsenamt, Nathans II., Obergeschloß, Zimmer Nr. 108
Ein fleißiges, älteres und ehrlüches Mädchen wird auf 1. April gesucht. Näheres Marienstraße 31, I.
Kost und Wohnung gesucht für jungen Kaufmann. Nähe Südweststadt. Angebote unter Nr. 389 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.
In ein kath. Pfarrhaus im Oberlande wird zum sofortigen Eintritt eine tüchtige Person als **Haushälterin** gesucht. Angebote, Zeugnisse und Wohnanträge vermittelt die Geschäftsstelle ds. Blattes unter Nr. 392.
Junge Mädchen
im Alter von 14-15 Jahren finden dauernde Beschäftigung bei:
F. Wolf & Sohn Durlacher Allee 31/33.